

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Deutschland wächst zusammen

Seit der Einführung der D-Mark in der ehemaligen DDR sind erst zehn Monate vergangen. Das müssen wir uns in dieser gewiß nicht einfachen Phase des wirtschaftlichen Umbaus immer wieder vor Augen führen. Gewiß: In den neuen Ländern ist der Wandel zum Besseren noch nicht so weit fortgeschritten, wie es mancher erwartet haben mag. Aber wir kommen voran, und richtig ist auch, daß die Folgen von über vierzig Jahren sozialistischer Mißwirtschaft nicht in wenigen Wochen oder Monaten bewältigt werden können.

Um annähernd gleiche wirtschaftliche, soziale und ökologische Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen, brauchen wir Zeit. Ich bleibe

(Fortsetzung Seite 3)

Frühjahrgutachten:

Positive Signale

Das Frühjahrgutachten dokumentiert günstige Zukunftsperspektiven für die Menschen in den neuen Bundesländern ebenso wie für die Investoren: Die Forschungsinstitute erwarten, daß die Talsohle der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern schon bald durchschritten und es in der zweiten Hälfte dieses Jahres zu einem Aufschwung kommen wird. Auch für die alten Bundesländer sehen die Forschungsinstitute 1991 eine Fortsetzung des Wachstumstrends, der im Verlauf des kommenden Jahres noch deutlicher aufwärtsgerichtet sein wird (siehe auch Bericht im Innern dieser Ausgabe).

HEUTE AKTUELL

- **Frühjahrgutachten**
Hoffnungssignale für die neuen Bundesländer. Seite 5
- **CDU Hessen**
Walter Wallmann stellt sein Amt zur Verfügung. Seite 7
- **Grüne**
Groß angekündigter Aufbruch blieb in den Ansätzen stecken. Seite 8
- **Mieten**
Maßvolle Erhöhung in den neuen Ländern zum 1. Oktober 1991. Seite 9
- **Verfassung**
Beschwerde gegen Einigungsvertrag zurückgewiesen. Seite 12
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Vorstellung neuer Werbemittel. Seite 19
- **Dokumentation**
Initiativen zum Aufbau der neuen Bundesländer. Grüner Teil
- **Ratgeber**
Tips zum Thema „Verbraucher“. Blauer Teil

IBM: 200 Millionen DM für Ostdeutschland

Die IBM Deutschland GmbH wird bis zum Jahresende in den neuen Bundesländern rund 200 Millionen DM investieren. IBM-Chef Hans-Olaf Henkel gab bekannt, daß sein Unternehmen die System und Service Ost GmbH mit Sitz in Dresden gegründet habe, die bereits mehr als 600 Menschen aus der ehemaligen DDR beschäftige. An die 3.000 Arbeitsplätze in den neuen Ländern hingen derzeit direkt oder indirekt mit den IBM-Aktivitäten zusammen, sagte Henkel.

Ost-Rentenerhöhung um 15 Prozent

Die Bundesregierung hat am 24. April der 15prozentigen Anhebung der Renten in Ostdeutschland zum 1. Juli zugestimmt. Die Verordnung muß vor Inkrafttreten noch den Bundesrat passieren. Die durchschnittliche Ost-Rente steigt damit auf 820 Mark bzw. 50,8 Prozent des westdeutschen Niveaus. Die Mehrkosten betragen nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums im zweiten Halbjahr 2,3 Milliarden Mark.

Dresdner Bank verhandelt in Ex-DDR über 35 Firmenbeteiligungen

Die Dresdner Bank verhandelt intensiv über 35 Beteiligungen an mittelständischen Firmen in der ehemaligen

Nachrichten aus den neuen Ländern

DDR. Sie hat hierzu einen speziellen „Dresdner Fonds“ mit Sitz in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden aufgelegt, aus dem Risikokapital fließen soll. „Wir wollen kein Industrieimperium in den neuen Bundesländern aufbauen“, meinte Vorstandsmitglied Bernhard Walter. Sein Haus suche nach guten Projekten, die es begleiten könne und spreche mit der Treuhandanstalt über Privatisierungskandidaten. Dabei gehe es um Beteiligungen auf Zeit, die später an Industrieadressen verkauft oder an die Börse gebracht werden sollen.

Zuwachsraten im Fährverkehr

Der Eisenbahnfährverkehr zwischen Saßnitz auf Rügen und dem schwedischen Trelleborg profitiert von der deutschen Einheit und vom geplanten Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft. Diese Auffassung vertrat Reichsbahn-Oberrat Karl-Heinz Lussow vom Fährschiffamt Saßnitz. Die Reedereien hoffen auf jährliche Zuwachsraten beim Personen- und Gütertransport von etwa fünf Prozent.

Robotron-Computer

Das ehemalige DDR-Elektro-nikkombinat Robotron hat auf der Computerfachmesse Incotech in Suhl/Thüringen erstmals wieder einen Com-

puter präsentiert. Er soll unter dem Firmennamen Cellatron in den Handel kommen. Vertriebsleiter Werner Günzel hofft, daß noch in diesem Jahr 5 000 dieser Geräte im Inland abgesetzt werden können. Das allein reiche zwar nicht zum Überleben, aber es sei erst einmal ein Anfang für den Betrieb.

Tausend neue Betten auf Rügen noch in diesem Sommer

30 Hotels und Gaststätten, die 1953 durch die berüchtigte Stasi-Aktion „Rose“ auf der Insel Rügen enteignet worden waren, sind an die alten Eigentümer zurückgegeben worden. Noch in diesem Sommer wollen sie ihre Häuser wieder für Gäste öffnen. Mit zusammen tausend Betten hat sich damit das Angebot in den Ostseebädern Göhren, Binz, Sellin und Baabe verdoppelt.

Microsoft an ostdeutschen Berufsschulen

Mit dem Zahlenmanagementprogramm Excel von Microsoft werden die Schüler an 159 ostdeutschen Berufsschulen vertraut gemacht. Wie die Microsoft GmbH, Unterschleißheim bei München, mitteilte, ist Excel Bestandteil des Softwarepaketes, das die Apple Computer GmbH zusammen mit Rechnern und Druckern im Wert von 7,5 Millionen DM in die fünf neuen Bundesländer liefert. Dieser Auftrag stützt sich auf ein Sonderprogramm des Bundesbildungsministeriums.

Deutschland wächst zusammen

(Fortsetzung von Seite 1)

dabei: In drei bis fünf Jahren werden die neuen Bundesländer blühende Landschaften sein. Wir haben die historisch einmalige Chance der Wiedervereinigung beherzt zu nutzen gewußt. Und gleichermaßen werden wir jetzt — mit Tatkraft, Aufbauwillen und der Bereitschaft zur Verantwortung — die innere Einheit Deutschlands verwirklichen.

Ich verkenne die Schwierigkeiten nicht, mit denen wir dabei zu kämpfen haben. Aber die neuen Bundesländer haben vorzügliche Startbedingungen für eine erfolgreiche Entwicklung. Die Voraussetzungen sind ungleich besser als zum Beispiel in Polen oder der CSFR. Dafür steht auch die Wirtschaftskraft der bisherigen Bundesrepublik. Konjunktur und Investitionsklima im Westen Deutschlands sind ausgezeichnet. Dies ist eine hervorragende Ausgangslage für die notwendigen Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie im wiedervereinigten Berlin.

Unüberschaubar sind dort schon jetzt die Anzeichen des Wandels zum Besseren: Im letzten Jahr haben immerhin eine Million Menschen ein neues Arbeitsverhältnis gefunden. Löhne und Gehälter sind seit der Umstellung auf D-Mark kräftig gestiegen, Vielfalt und Qualität des Warenangebots haben sich seit Beginn der Währungsunion deutlich verbessert. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen erlaubt günstige Zukunftsprognosen. Mit dem umfassenden „**Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost**“ unterstützt die Bundesregierung diese positiven Entwicklungen. Über 100 Milliarden D-Mark stehen bereit, um neue Arbeitsplätze, verbesserte Wohnungen, mehr Telefonverbindungen und ein dichtes

Verkehrsnetz zu schaffen, den Wandel sozial abzusichern und die Umwelt zu schützen. Durch eine großzügige Regelung für Investitionen entstehen mehr neue Arbeitsplätze.

Neuorientierung und Umstrukturierung der Wirtschaft brauchen schon wegen der notwendigen Anlaufphase bei Investitionen Zeit. Viele Schäden aus der Zeit der SED-Herrschaft müssen noch beseitigt, ganz und gar unwirtschaftliche Produktionen wettbewerbsfähig gemacht oder umgestellt werden. Auch die Verkehrswege und Wohnungen können nicht von heute auf morgen verbessert werden.

Bei alledem sollte jedoch niemand vergessen, daß es auch in der alten Bundesrepublik nach der Währungsreform von 1948 — unter weit schwierigeren Startbedingungen! — einige Jahre gedauert hat, bis sich das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft auswirkte und die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung einsetzte. Das „Wirtschaftswunder“ der fünfziger Jahre kam nicht über Nacht. Am Anfang standen Probleme, Ängste und hohe Arbeitslosenzahlen. Und es war auch kein „Wunder“, sondern das Ergebnis des Fleißes von Millionen arbeitender Menschen, von Unternehmungsgeist und Wagemut. Dank dieser gemeinsamen Anstrengung ging es dann schnell bergauf — schneller, als manche Pessimisten vorhergesagt hatten.

Ähnlich wird sich die Lage jetzt in den neuen Bundesländern entwickeln. Mit jeder neuen Fabrikhalle, mit jeder modernen Maschine, mit jeder verbesserten Straße geht es weiter aufwärts. Und dabei brauchen wir die Mitarbeit aller — in den neuen und in den alten Bundesländern. Ich bin zutiefst davon überzeugt: **Gemeinsam schaffen wir es!**

Alfred Dregger:

Es geht nicht ohne Berlin, aber auch nicht ohne Bonn

Die Fraktion hat alle Argumente angehört. Die Mehrheitsverhältnisse in der Fraktion sind nicht absehbar — die Entscheidung ist offen, erklärte Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger nach einer Sondersitzung der Bundestagsfraktion von CDU/CSU zur Frage des künftigen Parlaments- und Regierungssitzes.

Es war unverkennbar, daß viele wünschen, eine Lösung zu finden, die für beide Regionen, für beide Städte, akzeptabel ist. Viele — ich auch — hatten das Gefühl: Es geht nicht ohne Berlin, aber es geht auch nicht ohne Bonn. Und zwar nicht nur deshalb, weil von der Entscheidung beide Regionen und die dort lebenden Menschen betroffen sind, sondern weil beide Städte ein großes Stück deutsche Geschichte verkörpern — Berlin die Geschichte des Deutschen Reiches und Bonn die Geschichte der freiheitlichen, sozialen Demokratie der letzten 40 Jahre.

Eine Lösung zu realisieren, die beiden Städten gerecht wird, ist schwierig, wenn sie praktikabel sein soll. Wir wollen aber überlegen, ob es einen dritten Weg gibt. Es wird kein Patentrezept geben, das allen Wünschen und allen Gegebenheiten voll Rechnung trägt.

Es ist davon auszugehen, daß wir entscheiden müssen, wo der Sitz der Regierung und des Parlaments sein wird. Es gibt aber viele Ausgleichsmöglichkeiten für die andere Stadt und Region. Wenn z. B. die Entscheidung für Berlin fiele, dann muß man die Frage beantworten, was in Bonn bleiben kann, was nach

Bonn verlegt werden kann — nicht nur aus Berlin, sondern auch von anderswoher — und was im Bereich der Wissenschaft und Wirtschaft geschehen kann, um einen Ausgleich herbeizuführen. Wenn die Entscheidung für Bonn fiele, müßte man fragen, welche Konsequenzen dies für Berlin hätte. Das wären andere, aber auch das ist darstellbar.

Beide Städte sollten Gelegenheit haben, ihre Vorstellungen darüber darzulegen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, Ausgleichsmaßnahmen für beide Entscheidungsvarianten zu erarbeiten.

Engholm läßt Steuerzahler seine Flugkosten zahlen

Zu den Aufträgen der schleswig-holsteinischen Landesregierung an die dänische Cimber Air erklärt die Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Roitzsch: 2,4 Millionen Mark hat die Landesregierung der Fluglinie Cimber Air zugesagt, damit diese ihren Flugbetrieb vom Kieler Flughafen aufrechterhält. Ministerpräsident Engholm soll so bequemer von Kiel nach Bonn fliegen können.

Hintergrund ist, daß Engholm als künftiger SPD-Vorsitzender öfter in Bonn sein will. Ganz offensichtlich sollen seine Parteiverpflichtungen aus den Taschen des schleswig-holsteinischen Steuerzahlers bezahlt werden. Engholm setzt damit eine Tradition fort, die schon Ex-Kandidat Lafontaine vorexerziert hat. Zugunsten seiner SPD-Aktivitäten soll jetzt ganz offensichtlich Schleswig-Holstein sträflich vernachlässigt werden.

Frühjahrgutachten 1991:

Hoffnungssignale für die neuen Bundesländer

Die fünf führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen damit, daß es bereits in der zweiten Hälfte dieses Jahres in den neuen Bundesländern zu einer wirtschaftlichen Belebung kommt. Für das kommende Jahr wird eine klare Aufwärtsentwicklung erwartet. Die Produktion wird spürbar anziehen, weil die staatlichen Programme dann greifen, neue Fertigungsanlagen in Betrieb gehen und in vielen privatisierten Betrieben die Sanierungskonzepte umgesetzt sind.

Die Arbeitslosigkeit dürfte allerdings bis in das Jahr 1992 hinein zunehmen, weil der Rationalisierungsbedarf bei den Betrieben groß ist, in vielen Fällen Kurzarbeit in die Arbeitslosigkeit mündet und die neu errichteten Betriebe zunächst nur vergleichsweise wenige Arbeitsplätze bieten. Erste Belebungen für den Arbeitsmarkt werden vom Dienstleistungssektor erwartet, der in zunehmendem Maße Arbeitskräfte nachfragen wird.

In Westdeutschland wird das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr 2,5 Prozent betragen. Für das nächste Jahr wird mit einer höheren Wachstumsrate gerechnet, nicht zuletzt durch den dann spürbaren Aufschwung im Osten.

Die Investitionsdynamik bleibt in diesem Jahr weiterhin stark. Die Kapazitätsauslastung bleibt außerordentlich hoch und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigt — vor allem aufgrund der kräftigen Nachfrageimpulse aus den neuen Bundesländern.

In den kommenden Monaten wird sich

der Anstieg der Verbraucherpreise verstärken. Anstöße dazu gehen von den kräftigeren Tariflohnanhebungen und von den Steuererhöhungen aus. Im Jahresdurchschnitt werden die Preise für die Lebenshaltung um etwa 3,5 Prozent über dem Vorjahresniveau liegen.

Angesichts des inzwischen gestiegenen Finanzbedarfs halten die Wirtschaftsforscher die beschlossenen Steuererhöhungen für unumgänglich, um die Staatsverschuldung in einem verträglichen Rahmen zu halten.

Die Zahl der Arbeitslosen wird in Westdeutschland im Jahresdurchschnitt mit knapp 1,7 Millionen um etwa 200.000 unter der von 1990 liegen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,5 Prozent.

Die Institute betonen die Wichtigkeit des Abbaus von Subventionen. Hier fordern sie einschneidende Maßnahmen in Westdeutschland, um möglichst viele Mittel freizumachen. Die Wirtschaftsforscher weisen darauf hin, daß die Subventionsregeln für die Unternehmen im Osten so gestaltet werden müssen, daß der Staat nicht dauerhaft überfordert wird. Daher müssen klare zeitliche Begrenzungen gesetzt werden.

Kritik äußern die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute an der Lohnpolitik, insbesondere in Ostdeutschland. Die Tariflöhne werden dort nach heutigem Stand in diesem Jahr um mehr als 60 Prozent über dem Vorjahresniveau liegen. Zudem gibt es erste Vereinbarungen, wonach das westdeutsche Lohnniveau bis 1994

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Arbeitskosten in Deutschland am höchsten

Die Bundesrepublik Deutschland hat bei den Arbeitskosten im internationalen Vergleich auch 1990 vor der Schweiz gelegen. Eine Arbeiterstunde in der verarbeitenden Industrie kostete westdeutsche Unternehmen im Durchschnitt 37,88 DM, wie aus einer Analyse des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) über die industriellen Arbeitskosten in den 21 wichtigsten Industrieländern hervorgeht. An zweiter Stelle rangiere die Schweiz mit umgerechnet 36,74 DM je Stunde, gefolgt von Schweden mit 35,29 DM.

Hauptgrund für die hohe deutsche Arbeitskostenbelastung seien die hohen Personalzusatzkosten von 17,45 DM je Stunde für Sozialbeiträge, Urlaub, Sonderzahlungen und andere Extras. Auch hierbei nimmt die Bundesrepublik weltweit mit Abstand die Spitzenposition ein.

(Fortsetzung von der vorherigen Seite) erreicht werden soll. Die Gutachter kritisieren, daß eine Angleichung der Löhne in einem so kurzen Zeitraum fast alle bestehenden Unternehmen in Ostdeutschland überfordere und das Entstehen kleiner und mittlerer Unternehmen dort behindere. Eine zu rasche Lohnangleichung habe zusätzliche Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zur Folge und verstärke damit den Druck zur Abwanderung.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern betonen die Institute, wichtiger als weitere Finanzhilfen seien nun die tatkräftige Unterstützung des Aufbaus von Verwaltung und Justiz sowie die Überprüfung des Planungsrechts auf Vereinfachungsmöglichkeiten. ■

Kommentar

Soziales Netz hat seinen Preis

Was wir anpacken, das machen wir gründlich. Export-Weltmeister, Stabilitäts-Weltmeister, Urlaubs-Weltmeister — und nun auch Weltspitze bei den Arbeitskosten. Wir leisten uns allerhand, das soziale Netz hat eben seinen Preis.

Macht nichts, solange der Kunde bereit ist, für Qualität „made in Germany“ ein paar Dollar, Pfund oder Franc mehr auszugeben.

Gefährlich wird es dann, wenn Unternehmen (wie jetzt Blaupunkt) die Produktion ins Ausland verlagern, weil die Arbeit bei uns unbezahlbar geworden ist. Das können wir uns nicht mehr leisten. Bild, 30. 4. 1991

Landwirte erhielten eine Milliarde Mark Einkommensausgleich

Die Landwirte in den alten Bundesländern haben 1990 wie im Vorjahr rund eine Milliarde DM als Einkommensausgleich erhalten. Wie das Bundesernährungsministerium mitteilte, beträgt der Ausgleich 90 DM je Hektar, mindestens aber 1.000 DM und höchstens 8.000 DM je Betrieb. Insgesamt erhielten 1990 rund 423.000 Betriebe einen Einkommensausgleich, 18.000 oder vier Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Den Rückgang erklärt das Ministerium mit dem Strukturwandel und der Abnahme landwirtschaftlicher Flächen. Die Landwirte bekommen den Ausgleich für währungsbedingte Nachteile innerhalb der EG.

Walter Wallmann stellt sein Amt zur Verfügung

Auf einer Sitzung des Landesvorstandes der hessischen CDU hat der Landesvorsitzende Walter Wallmann dem Vorstand gegenüber mitgeteilt, daß er sein Amt als Landesvorsitzender der CDU Hessen zur Verfügung stelle. Er werde noch vor der Sommerpause einen Landesparteitag einberufen, auf dem der neue Landesvorsitzende zu wählen sei.

Nach der Wahl des neuen hessischen Ministerpräsidenten erachte er es für den richtigen Zeitpunkt, sich aus der Landespolitik zurückzuziehen.

Wallmann forderte die hessische CDU auf, auch in Zukunft solidarisch und kameradschaftlich zusammenzustehen und der Gesamtpartei und ihrem Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, zu helfen. Die CDU sei herausgefordert, sich den Fragen der Zeit zu stellen, ohne allerdings ihre Grundsätze zu vernachlässigen. Immer mehr gelte es, auch den persönlichen Erneuerungsprozeß in der Partei voranzutreiben. Die CDU müsse mehr junge Menschen für die Politik gewinnen und sie auch mit verantwortungsvollen Aufgaben betrauen.

Wallmann erklärte, daß er weiter für die Union arbeiten werde. Er werde sich zwar nicht mehr zu Tagesfragen der Landespolitik äußern, aber er werde — in entsprechenden zeitlichem Abstand — zu grundsätzlichen Themen weiterhin seine Stimme erheben.

Die CDU-Präsidiumsmitglieder, Bundesminister Heinz Riesenhuber und Gottfried Milde, dankten für den Landesvorstand Walter Wallmann für 30 Jahre harte und erfolgreiche Arbeit für die CDU und für unser Land.

Der Landesvorstand beschloß, daß bei einem außerordentlichen Landesparteitag am 8. Juni der neue Landesvorsitzende gewählt werden soll. Einstimmig schlug der Vorstand vor, Walter Wallmann zum Ehrenvorsitzenden der CDU Hessen zu wählen.

Manfred Kanther, Oppositionsführer im Hessischen Landtag, ist als einziger Kandidat für die Nachfolge im Gespräch.

Elmar Pieroth:

Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit auflösen

Für die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU begrüßt der Bundesvorsitzende, Senator Elmar Pieroth, MdA, das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 23. April 1991, wonach das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit in Deutschland weitgehend aufgehoben wird. Die Mittelstandsvereinigung verlangt die unverzügliche Zulassung von Personalberatungsfirmen zur unbürokratischen schnelleren Vermittlung von Arbeitslosen. Gerade auch in den neuen Bundesländern, in denen die Arbeitsämter sich erst im Aufbau befinden, darf die Arbeitsvermittlung nicht durch den Hinweis auf das Vermittlungsmonopol blockiert werden.

Dem Arbeitnehmer sollen nach Auffassung von Pieroth keine Kosten entstehen. Sie müßten in jedem Fall von den Unternehmen getragen werden, da sie rascher ihre Arbeitsplätze besetzen können.

Die „Grüne Hölle“ von Neumünster

Groß angekündigter Aufbruch blieb schon in den Ansätzen stecken

Das Projekt einer Reform der Grünen ist in Neumünster kläglich gescheitert. Tumulte und Chaos haben die Szene beherrscht. Das läßt nur einen Schluß zu: Die Mehrheit der Grünen ist fest entschlossen, als unterhaltsame, aber politisch bedeutungslose Sekte zu enden. Entsprechend mager ist das Ergebnis des Parteitag, erklärte Jürgen Rüttgers, parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion.

● Die angestrebte Reform der Führungsstrukturen der Grünen ist völlig mißlungen. Der groß angekündigte Aufbruch blieb schon den Ansätzen stecken. Die einzigen Änderungen: ein um zwei Mitglieder verkleinerter Bundesvorstand und einer von drei Parteiprechern, der sich künftig „politischer Geschäftsführer“ nennen darf. Das ist eine wahrhaft mutige und revolutionäre Tat.

● Die Integration der Grünen in den neuen Bundesländern wird nach Neumünster schwieriger denn je. Sie fühlen sich abgeschreckt von ideologischem Zwist, persönlicher Beschimpfung und feindlichen Umgangsformen, die auf dem Parteitag von den verschiedenen Gruppen inszeniert wurden. Die „grüne Hölle“ (Petra Kelly) von Neumünster war für diese Bürgergruppen ein anschauliches Lehrbeispiel für eine dogmatische und in Streitritualen erstarrte Partei.

● Zur Umweltpolitik hat der Parteitag nichts zu sagen, ebensowenig zu den Sorgen und Schwierigkeiten der Menschen in den neuen Bundesländern. Die pro-

grammatische Blutarmut der Grünen ist nicht mehr zu übersehen. Weder zur inneren Einheit unseres Landes noch zum globalen Schutz unserer Lebensgrundlagen sind Anstöße von dieser Partei zu erwarten.

Neumünster hat endgültig klar gemacht: Wem es heute um den Umweltschutz geht, der ist bei den Grünen an der falschen Adresse. Sie haben auf Bundesebene jeden politischen Gestaltungsanspruch verspielt. Diese Situation ist auch für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Verpflichtung. Wir werden in den kommenden Jahren deutlich machen, daß die Erhaltung wichtiger Werte in der Union eine politische Heimat hat.

Erbärmliche Vorstellung bei den Grünen

Die „Basler Zeitung“ kommentiert den Parteitag der Grünen wie folgt: „Haben denn die Grünen seit der Bundestagswahl am 2. Dezember nichts gelernt? Ist ihnen nicht bewußt geworden, daß die angestrebte Rückkehr in den Bundestag nur über eine verbesserte Selbstdarstellung möglich sein wird? Die erbärmliche Vorstellung vom Wochenende mit chaotischen Szenen und offenen Saalschlachten läßt wenig Hoffnung auf baldige Veränderungen zu.“

Gabriele Wiechatzek, MdB (Berlin):

Maßvolle Mieterhöhung in den neuen Bundesländern

Laut Einigungsvertrag ist die Bundesregierung gehalten, eine Mietenreform in den neuen Bundesländern durchzuführen. Dies ist auch zwingend erforderlich, um den katastrophalen Wohnungsbestand zu verbessern. Vor allem aber auch, um die öffentlichen Haushalte von enormen Subventionen durch zu geringen Mieteinnahmen zu entlasten. Bisher gilt als Faustregel: nur bis zum 10. eines jeden Monats reichen die Mieteinnahmen, um die laufenden Kosten zu decken. Von daher ist die zum 1. 10. beabsichtigte Mietenregelung der Bundesregierung, die inzwischen auch die Zustimmung des Bundesrates fand, ausdrücklich zu begrüßen.

Von folgender Mieterhöhung ist ab Oktober in den neuen Ländern auszugehen:

1. Erhöhung der Grundmiete um durchschnittlich 1,— DM. Unterschiede in der Ausstattung und im Wohnwert der Wohnungen werden mit Zu- und Abschlägen berücksichtigt.
2. Umlage aller Betriebskosten auf die Mieter, wobei die Umlagefähigkeit von Kosten für Heizung und Warmwasserversorgung auf 2,— DM begrenzt ist.

Aufgrund dieser Regelungen in den geplanten Verordnungen wird es zu einer Erhöhung der Mieten kommen. Da der Einigungsvertrag aber festlegt, daß die Mieten nur im Rahmen der Einkommensentwicklung angehoben werden dürfen, die bisherige Entwicklung allerdings sehr unterschiedlich verläuft, ist ein differenziertes Vorgehen geplant. Zeitgleich mit der Mieterhöhung greift daher ein Wohn-

geld, das eine soziale Absicherung der Mieter vorsieht. Durch dieses Wohngeld, das nach einem vereinfachten (pauschalisierten) Verfahren ausgezahlt wird, stellt die Bundesregierung sicher, daß die Mietbelastung auf etwa 10 Prozent des Familieneinkommens begrenzt wird.

Die Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften können sich durch die geplante Mieterhöhung stabilisieren und erhalten den dringend benötigten finanziellen Spielraum. Denn solange die Mieten nur einen Bruchteil der Kosten decken, verfallen die Wohnungen immer weiter, von nicht durchführbaren Wohnungsmodernisierungen ganz zu schweigen.

Ziel der Politik von CDU/CSU ist es zu investieren statt zu subventionieren. Dies ist durch die öffentliche Hand nicht allein zu bewerkstelligen. Vielmehr muß versucht werden, durch entsprechende Anreize privates Kapital zu gewinnen. Auch aus diesem Grund wäre es falsch, die Mieten festzuschreiben, wie es die SPD fordert. Denn welcher potentielle Investor wird Mittel für Wohnungsbau und -modernisierung bereitstellen, wenn nicht einmal kostendeckende Mieten in Aussicht gestellt sind. Die außerdem von der Opposition ständig neu initiierte Mietendiskussion verunsichert die Bürger in den neuen Ländern, schürt den sozialen Unfrieden, vor allem aber bringt sie keine konkrete Hilfe, wie man sie jetzt von uns erwartet. Mieterhöhungen gekoppelt mit Wohngeld sind hingegen der richtige Weg, um den desolaten Wohnungsbestand in den neuen Bundesländern zu verbessern.

Kanzler und Mieterbund einig: Kein Mieter wird überfordert

Bundeskanzler Helmut Kohl empfing am 29. April das Präsidium des Deutschen Mieterbundes e. V. mit seinem Präsidenten, Gerhard Jahn, zu einem Gespräch. Der Kanzler unterstrich die Bedeutung des jetzt vom Bundesrat gebilligten Mieten- und Wohngeldkonzepts für die Entwicklung eines funktionierenden Wohnungsmarktes in den neuen Ländern.

Das Konzept sei wohnungspolitisch notwendig wie sozial verträglich. Es diene der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in den neuen Ländern. Überdies stelle ein besonders günstiges, pauschaliertes Wohngeld sicher, daß kein Mieter überfordert

werde. Der Mieterbund betonte, daß mit der jetzt vorgesehenen Regelung den ursprünglichen Bedenken des Mieterbundes weitgehend Rechnung getragen worden sei und daß diese Regelung insofern als verträglich angesehen werde.

Der Bundeskanzler erklärte ferner, jetzt gehe es darum, durch umfassende Information und eingehende Beratung den Mietern in den neuen Ländern ihre verständlichen Sorgen hinsichtlich der Entwicklung ihrer Wohnkosten zu nehmen. Er begrüßte die Bereitschaft des Deutschen Mieterbundes, sich an dieser Aufklärungsarbeit für die Mieter aktiv zu beteiligen.

Nach den neuen Tankerunfällen: Es muß endlich gehandelt werden

Zu den Schiffsunglücken im Mittelmeer erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Umweltpolitik“, Kurt-Dieter Grill:

Die entsetzlichen Tankerkatastrophen vor Genua und Livorno müssen Konsequenzen haben. Die zwei schweren Schiffsunglücke in Italien, die 144 Menschen das Leben gekostet haben und erneut verheerende Schäden für die Umwelt mit sich bringen, haben gezeigt, daß auf dem Gebiet der Sicherheit für Tanker nun endlich gehandelt werden muß.

Daher müssen zwingend doppelwandige und auf Kollisionsschutz ausgerichtete Schiffsrümpfe sowie kleinere Tanks, die das Mengenproblem verringern, sofort international vorgeschrieben werden. Darüber hinaus muß international für alle Schiffsbesatzungen von Öl-, Chemikalien- und Flüssiggasschiffen — wie in der Bundesrepublik Deutschland — die Teilnahme an speziellen Sicherheitslehrgängen vorgeschrieben werden.

Nur dann kann die Besatzung von Schiffen mit gefährlicher Fracht die zusätzlichen Anforderungen auch tatsächlich erfüllen.

Ausbildungsplatzförderung

Für jeden neuen Lehrling 5 000 Mark Zuschuß zu den Ausbildungskosten

Zur Ausbildungsplatzsituation in den neuen Ländern erklärte der bildungs- und wissenschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alois Graf von Waldburg-Zeil:

Nachdem das Bundeskabinett im Zusammenhang mit dem Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“ am 8. März 1991 unter anderem beschlossen hat — „Allen Schulabgängern wird auch 1991 ein Ausbildungsplatzangebot gemacht; für den Ausbildungsplatzverlust wird Ersatz geschaffen“ —, wurden nun tatkräftig die Weichen für eine Ausbildungsplatzförderung in den neuen Ländern gestellt.

Mit dem Ausbildungsplatzförderungsprogramm Ost werden für das Ausbildungsjahr 1991/92 insgesamt 250 Mio. DM zur Unterstützung der Ausbildung in kleinen Unternehmen mit höchstens 20 Beschäftigten zur Verfügung gestellt.

Zur Zeit gibt es im Beitrittsgebiet etwa 90 000 ausbildungsfähige Unternehmen dieser Größenordnung, davon über 50 000 im Handwerk. Für jeden im Jahr 1991 neu eingestellten Lehrling soll solchen Unternehmen ein einmaliger Zuschuß zu den Ausbildungskosten in Höhe von 5 000,— DM gewährt werden. Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben nachdrücklich versichert, daß es mit dieser Unterstützung gelingen wird, 1991 50 000 zusätzliche Ausbildungsplätze zu aktivieren. Diese Förderung ist deshalb ein ganz wesentlicher und unverzichtbarer Beitrag zur Problemlösung 1991.

Mit dieser Initiative werden aber auch für die nächsten Jahre die Weichen richtig gestellt: sie beugt einem ansonsten schon in wenigen Jahren drohenden Fachkräftemangel vor. Sie unterstützt damit die Entwicklung einer mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur, die qualifizierten Berufsnachwuchs besonders dringend

Der Zuschuß wird nach Ablauf der Probezeit und nach Eintragung des Ausbildungsvertrages bei den Kamern von den Arbeitsämtern ausgezahlt

braucht. Sie schafft die Basis für den Neuaufbau des dualen Systems.

Sie begrenzt regionalpolitisch bedenkliche Abwanderungstendenzen des aktiveren Teils der Jugend nach Westen. Sie ist ganz erheblich weniger kostenträchtig als die sonst notwendige weitere Ausweitung außerbetrieblicher Ausbildung, die Folgekosten in Milliardenhöhe für mehrere Jahre bedeuten würde.

Zitat

Offensichtlich wissen manche in den Unionsparteien nicht, was sie an Helmut Kohl haben.

Hans-Dietrich Genscher

Verfassungsbeschwerden gegen Einigungsvertrag zurückgewiesen

Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über die Bodenreform aus den Jahren 1945 bis 1949 in der ehemaligen DDR erklärten der Vorsitzende der Kommission „Enteignungen 1945 bis 1949“ der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Paul Laufs, der Justitiar Franz Möller und der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Norbert Geis:

Die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, das die Verfassungsbeschwerden gegen den Einigungsvertrag zurückgewiesen hat. Damit steht fest, daß die deutsche Einheit auf dem Boden des Grundgesetzes herbeigeführt worden ist.

Die CDU/CSU-Fraktion sieht sich durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in ihrem Vorhaben bestätigt, für

die Opfer der Bodenreform aus den Jahren 1945 bis 1949 staatliche Ausgleichsleistungen zu schaffen. Die Fraktion sieht in diesen Enteignungen Willkürakte, die — wie die Enteignungen nach 1933 und nach 1949 — nach rechtsstaatlichen Maßstäben nicht hingenommen werden können.

Die CDU/CSU-Fraktion wird prüfen, ob Ausgleichsregelungen möglich sind, die denen des Vermögensgesetzes faktisch nahekommen. Sie begrüßt insbesondere, daß das Bundesverfassungsgericht den Rückerwerb des früheren Eigentums durch die Betroffenen grundsätzlich für die Fälle billigt, in denen ein Rückerwerb im Einzelfall möglich und von der Interessenlage her angezeigt ist.

Das Gericht räumt dem Gesetzgeber in seiner Entscheidung bei der Ausgestaltung der Ausgleichsleistungen ausdrücklich einen weiten Spielraum ein.

Veranstaltungen der Jungen Union

Die Junge Union Deutschlands veranstaltet im Rahmen des „Sommers der Begegnung“ folgende interessante Bildungsveranstaltungen:

24.—26. 5. 1991 Geschichtsakademie „Revolution? Einheit. Europa!“

Tagungsort Kloster Banz, Staffelstein

6.—9. 6. 1991 Fachgespräch „Jugend Arbeitslosigkeit — Perspektiven für junge Leute in Deutschland“ in Dresden

14.—16. 6. 1991 Deutsch-Französisches Sommercamp

Tagungsort Bonn-Bad Godesberg

11.—13. 7. 1991 Ferienakademie „Nord-Süd-Konflikt“, Tagungsort Bonn

15.—17. 8. 1991 „Touch The Culture — Jugend in Deutschland“,

Tagungsort Berlin

Informationen über diese Veranstaltungen erhalten Sie bei der

**Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands, Annaberger Straße 283
5300 Bonn 2 (Bad Godesberg), Telefon (02 28) 31 00 11, Telefax (02 28) 38 45 20**

Maßnahmen gegen Drogenkonsum und organisierte Kriminalität

In mehreren Gesetzesinitiativen hat der Bundesrat in seiner letzten Sitzung am Freitag, 26. April, mit breiter Mehrheit ein umfangreiches Maßnahmenpaket gegen den Drogenkonsum und die organisierte Kriminalität vorgelegt. Vorgeschlagen werden insbesondere ein schärferes straf- und strafverfahrensrechtliches Vorgehen gegen den illegalen Rauschgifthandel. Für Drogenabhängige soll hingegen die Therapie vor der Strafe stehen. Eingeführt werden soll ferner ein Zeugnisverweigerungsrecht für Drogenberater.

Die Gesetzentwürfe waren bereits in der vergangenen Legislaturperiode vom Bundesrat beim Deutschen Bundestag eingebracht worden, dort aber bis zum Ablauf der Wahlperiode nicht abschließend behandelt und damit gegenstandslos geworden (Grundsatz der Diskontinuität). Um das Ziel weiterzuverfolgen, müssen die Entwürfe erneut eingebracht werden. Im einzelnen geht es um folgende Maßnahmen:

Eine auf Anträge Bayerns und Baden-Württembergs zurückgehende Gesetzesinitiative zielt darauf ab, durch schärfere Strafen die Abschreckungswirkung gegen den Rauschgifthandel und andere Formen organisierter Kriminalität zu erhöhen. Bandendiebstahl soll unter erschwerten Umständen zum Verbrechen mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr heraufgestuft werden. Ein neuer Tatbestand der Bandenhehlerei soll mit Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu 10 Jahren und unter erschwerten Umständen als Verbrechen mit Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr bestraft werden. Für Mitglieder von Drogenbanden, die

Betäubungsmittel in größeren Mengen illegal anbauen, sie herstellen, mit ihnen Handel treiben sowie ein- oder ausführen, wird ein neuer Tatbestand mit einer Mindestfreiheitsstrafe von 5 Jahren vorgeschlagen. Die Abgabe von Drogen an Jugendliche sowie Handel, Herstellung und Besitz größerer Mengen sollen ebenfalls zu Verbrechen heraufgestuft werden. Der Tatbestand der kriminellen Vereinigung mit einer Strafandrohung von bis zu 5 Jahren Freiheitsstrafe soll auf ausländische Drogenbanden erstreckt werden.

Erhöhter Strafrahmen für Geldwäsche

Neben der Einführung einer Vermögensstrafe, deren Höhe allein durch den Wert des Vermögens begrenzt wird, soll ein Straftatbestand der „Geldwäsche“ mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren eingeführt werden. „Geldwäsche“ ist die Einschleusung kriminell erworbener Vermögensgegenstände in den legalen Finanz- und Wirtschaftskreislauf zum Zweck der Tarnung. Dies geschieht in der Regel durch Einzahlung von Bargeld aus Kleinverkäufen auf Konten oder durch baren oder unbaren Transfer von Geld aus Betäubungsmittelgeschäften vom Ausland ins Inland. Für besonders schwere Fälle (etwa bei gewerbsmäßiger oder bandenmäßiger Begehung) soll ein erhöhter Strafrahmen von bis zu zehn Jahren Freiheitsstrafe geschaffen werden. Zum Schutz des allgemeinen Rechtsverkehrs sollen bestimmte Tatalternativen von der Strafbarkeit ausgenommen werden, wenn zuvor ein Dritter den Vermögensgegenstand erlangt hat, ohne hierdurch eine Straftat zu begehen. Strafvergünstigungen

(wie Strafmilderung oder Absehen von Strafe) sollen einen Anreiz für die freiwillige Anzeige strafbarer Geldwaschvorgänge schaffen.

Im Bereich des Strafverfahrensrechts soll die Ermittlungstätigkeit von Polizei und Staatsanwaltschaft gegen organisierte Kriminalität erleichtert werden. Herkömmliche Ermittlungsmethoden reichen nicht aus, um in den Kernbereich krimineller Organisationen einzudringen und die hauptverantwortlichen Täter und Drahtzieher zu überführen. Der Bundesrat schlägt hierzu erneut vor, den Einsatz verdeckter Ermittler — dies sind Polizisten mit veränderter Identität (Legende) — gesetzlich zu regeln. Bislang werden sie nach Richtlinien tätig, die auf die Strafprozeßordnung gestützt sind. Der verdeckte Ermittler soll im wesentlichen nur die ihm auch ansonsten als Polizist zustehenden Befugnisse haben. Verdeckte Ermittlung sowie die Rasterfahndung (d. h. ein Datenabgleich von möglicherweise auf den Täter zutreffenden Prüfungsmerkmalen) sollen nur bei einem Katalog abschließend aufgezählter und für die organisierte Kriminalität besonders typischer Straftaten zulässig sein (z. B. bei Bandenraub, Erpressung oder Geldwäsche).

Geregelt wird ebenfalls der Einsatz technischer Mittel wie das Abhören und die Aufzeichnung des nicht öffentlich gesprochenen Wortes und die Anfertigung von Bildern von Personen und Beweismitteln ohne Wissen des Betroffenen. Auch dies soll nur bei schweren Straftaten zulässig sein. Die Anfertigung eines Bewegungsbildes eines Verdächtigen ohne dessen Wissen durch polizeiliche Beobachtung soll unter Richtervorbehalt stehen. Nur bei Gefahr im Verzug soll auch die Staatsanwaltschaft oder die Polizei hierzu befugt sein. Die Beobachtung darf höchstens ein Jahr dauern.

Für nicht minder wichtig hält der Entwurf den Zeugenschutz: Die Identität des Zeugen soll geheimgehalten werden können, wenn er durch deren Aufdeckung gefährdet werden könnte.

Zahl der Rauschgifttoten hat sich verdoppelt

Zur Begründung dieser weitreichenden Vorschläge verweist der Bundesrat auf die rasant gestiegene Rauschgiftkriminalität (ca. 100.000 Delikte im Jahr 1989, mehr als doppelt so viel wie im Jahr 1988). Der Drogenmißbrauch habe ein bisher nicht gekanntes Ausmaß angenommen. Allein im vergangenen Jahr seien ca. 1.500 Menschen an Drogen gestorben, so viel wie nie zuvor. Seit 1988 (670 Opfer) hat sich damit auch die Zahl der Rauschgifttoten mehr als verdoppelt. Ebenso wie die Zahl der Todesfälle steigt die Zahl der polizeilich erfaßten Erstkonsumenten harter Drogen. Die Gesamtzahl der Verbraucher harter Drogen wird auf ca. 100.000 geschätzt. Dieser Personenkreis decke seinen Bedarf fast ausschließlich durch illegale Geschäfte und durch die Begehung von Straftaten.

Es mehrten sich Anzeichen, daß die international organisierten Drogensyndikate nicht nur mit Kurieren Drogen in die Bundesrepublik einschleusten, sondern auch Absatzorganisationen aufbauten und Maßnahmen für das Waschen und den Rückfluß der Gelder aus dem Rauschgifthandel trafen. Auch in anderen Kriminalitätsbereichen wie Diebstahl und Hehlerei träten in verstärktem Maße kriminelle Organisationen in Erscheinung. Diesen besonderen Bedrohungen werde das bestehende gesetzliche Instrumentarium für die Strafverfolgungsbehörden nicht gerecht. Die vom Bundesrat beschlossenen Initiativen werden nunmehr der Bundesregierung übersandt.

Tourismus-Angebote der neuen Länder sind rechtzeitig auf dem Markt

Die Treuhand-Anstalt hat die baden-württembergische Firma TIBS GmbH gemeinsam mit der Ostberliner „Rationalisierungs- und Rechenzentrum GmbH“ beauftragt, unverzüglich ein Informations- und Reservierungssystem einzurichten, um das touristische Angebot in den neuen Bundesländern zu vermarkten.

Bereits ab Anfang Mai sollen 300 bis 400 Beherbergungsbetriebe und Ferienwohnungen aller Kategorien in den ostdeutschen Ferienregionen und Städten buchbar sein.

Rolf Olderog, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr und Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Fremdenverkehrspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßen diese Entscheidung der Treuhand als einen erfreulich schnellen, aber auch dringend notwendigen Schritt. Jetzt besteht die Chance, zumindest einen respektablen Teil des Beherbergungsangebots in den

neuen Bundesländern gerade noch rechtzeitig für die Sommersaison 91 auf den Markt zu bringen. Das ist um so wichtiger, weil die derzeit vorhandenen Telekommunikationsverbindungen zwischen Ost und West noch völlig unzureichend sind.

Die Treuhandanstalt hat damit auch in diesem Bereich ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Ein bewährtes Unternehmen wie die TIBS GmbH zu beauftragen ist zudem sinnvoller als die ursprüngliche Idee, in Berlin eine Außenstelle der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) einzurichten, die für eine begrenzte Zeit das Angebot aus den östlichen Ländern und die Nachfrage aus den westlichen Bundesländern koordinieren sollte.

Die Treuhand-Entscheidung bringt einen kräftigen An Schub für die Fremdenverkehrswirtschaft in den neuen Bundesländern. Jetzt kommt es vor allem darauf an, daß die Verantwortlichen für die Beherbergungsbetriebe im Osten engagiert mitspielen.

Geprüft werden muß auch, ob die zahlreichen privaten Zimmervermieter in den neuen Bundesländern dieses neue Informations- und Reservierungssystem zu kostengünstigen Bedingungen nutzen können.

Zwölf Minuten Lektüre-Zeit pro Tag

Von einem „Verfall der Lesezeit“, der vor allem aus dem deutlichen Rückgang der täglichen Zeitungslektüre bei den Jugendlichen resultiert, spricht eine Studie „Massenkommunikation“, die einzige Langzeitstudie, die präzise Aussagen über längerfristige Entwicklungen des Medienverhaltens in der Bundesrepublik erlaubt. Ergebnis der Erhebung aus dem Jahre 1985: Nur

jeder vierte Bundesbürger ist noch ein intensiver Zeitungsleser. 52 Prozent der Jugendlichen lesen praktisch überhaupt keine Zeitung mehr.

Zeit-Etat bei den 30—39jährigen: Bei ihnen ist der Anteil derjenigen, die täglich Bücher lesen zwar nur geringfügig zurückgegangen, die tägliche Lektürezeit hat sich aber gegenüber 1964 von 23 auf 12 Minuten halbiert.

Vom Familienlastenausgleich bis zum Bundesaltenplan

Keine Schonfrist gab es in den ersten 100 Tagen meiner Amtszeit als Bundesministerin für Familie und Senioren. Wichtige Sachentscheidungen standen an und durften durch Einarbeitung und organisatorische Maßnahmen nicht verzögert werden.

Zentrale Aufgabe des neugeschaffenen Ministeriums im Bereich der Familienpolitik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die das ungeborene Leben effektiv schützen und die einen Beitrag leisten, daß mehr Menschen Ja zum Leben mit Kindern sagen. Meine konkreten Ziel habe ich im Zehn-Punkte-Programm „Ja zum Leben“ zusammengefaßt.

Dazu gehören die Verlängerung des Erziehungsgeldes und des Erziehungsurteils, die Erhöhung des Kindergeldes und der Ausbau des Familienlastenausgleichs, der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind ab dem dritten Lebensjahr, die bevorzugte Vergabe von Sozialwohnungen an werdende Mütter und Alleinerziehende sowie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie vieles mehr.

Begonnen haben wir außerdem bereits mit den Vorarbeiten für eine grundlegende Reform des Familienlastenausgleichs. Dabei werde ich mich von der Maxime leiten lassen, daß die wirkliche Anerkennung der Familienleistung erst jenseits der Freistellung des Existenzminimums beginnt.

Konkrete Hilfen haben wir den Bürgern in den neuen Bundesländern zur Verfügung gestellt. Besonders für die alten Menschen, die von der SED sträflich vernachlässigt wurden, haben wir ein Maßnahmenpaket zusammengestellt, das bald

zu einer deutlichen Verbesserung der Situation in der stationären Altenpflege führen wird. Ziel ist es, die im Rahmen des Gemeinschaftswerkes „Aufschwung Ost“ für die Altenhilfe bereitstehenden Gelder optimal einzusetzen und auszunutzen.

Beratung brauchen die Menschen insbesondere in Konfliktsituationen. Deshalb bin ich besonders stolz darauf, daß wir in diesen Tagen die Genehmigung für die 100. Beratungsstelle in den neuen Bun-

Hannelore Rönsch über die ersten 100 Tage als Bundesministerin für Familie und Senioren

desländern für Schwangerschaftskonfliktsituationen erteilen können.

Auf der Grundlage einer Verwaltungvereinbarung, die ich mit den neuen Ländern geschlossen habe, stellt der Bund in diesem Jahr 15 Millionen DM zur Verfügung, damit Pro Familia, das Deutsche Rote Kreuz, das Diakonische Werk, die Caritas sowie die Kommunen Schwangeren in Konfliktsituationen fachkundigen Rat erteilen können.

Für junge Familien stellt der Staat zahlreiche finanzielle Hilfen zur Verfügung. Weil sehr viele Betroffene aus den neuen Bundesländern die Unterstützung, auf die sie Anspruch haben, noch nicht beantragt haben, habe ich eine breit angelegte Informationskampagne gestartet. Sie wird dazu führen, daß junge Familien in den Genuß der umfassenden Leistungen kommen, die der Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland seinen Bürgern gewährt.

Die Zukunft der Verlage in den neuen Ländern ist gesichert

Zu der Privatisierung von zehn früheren SED-Bezirkszeitungen durch die Treuhandanstalt in Berlin erklärte der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joseph Theodor Blank:

Die Veräußerung von zehn ostdeutschen Regionalzeitungen (frühere SED-Bezirkszeitungen) mit einer Auflage von insgesamt 2,7 Millionen Exemplaren und einem für 1991 geplanten Umsatz von 876 Millionen Mark an westdeutsche Verlage durch die Treuhandanstalt in Berlin ist grundsätzlich zu begrüßen.

Mit dem Abschluß des bisher schwierigsten Privatisierungsprojektes hat die Treuhandanstalt die Voraussetzungen für größere Planungssicherheit in der ost-

deutschen Medienlandschaft geschaffen; die Zukunft der Verlage und der zur Zeit nur schlecht ausgelasteten Akzidenzdruckereien ist gesichert. Mit den von den neuen Eigentümern geplanten Investitionen von zusammen 1,3 Milliarden Mark werden auf Dauer viele tausend Arbeitsplätze gesichert.

Richtig ist auch, daß die Treuhandanstalt bei ihrer Entscheidung nicht nur bestehende Kooperationsvereinbarungen mit westdeutschen Verlagen, sondern gerade auch wettbewerbsrechtliche Überlegungen berücksichtigt hat, so daß die westlichen Verlage jeweils nur für eins der zehn Blätter den Zuschlag erhalten haben.

Ordnungspolitisch bedenklich ist aber, daß es sich dabei überwiegend um Großkonzerne handelt und sich zudem in Städten wie Dresden und Leipzig eine Monopolstellung jeweils eines Verlages abzeichnet.

Auch wenn das Bundeskartellamt diese Privatisierung absegnen wird — eine stärkere Berücksichtigung des mittelständischen Elementes zugunsten der Gewährleistung einer möglichst großen Medienvielfalt in ganz Deutschland wäre wünschenswert gewesen.

Einer Klärung bedürfen noch die vor allem von der SPD geltend gemachten Rückübertragungsansprüche für neun der zehn Zeitungen. Unabhängig von der Berechtigung dieser Ansprüche muß jetzt die gerade gesetzlich verankerte Vorfahrtsregelung für Investitionen angewendet werden. Die aus der Vereinigung von KPD und SPD zur SED sich ergebenden Eigentumsprobleme dürfen nicht auf dem Rücken der Zeitungen, ihrer Mitarbeiter und Leser ausgetragen werden.

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Angesichts der sich zuspitzenden Probleme in der Behinderten- und Altenpflege war es notwendig, bereits unmittelbar nach der Amtsübernahme die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Altenpflegegesetz baldmöglichst vom Bundestag verabschiedet werden kann. Nur eine inhaltlich und finanziell attraktiv ausgestaltete Ausbildung in der Altenpflege auf bundesrechtlicher Grundlage eröffnet die Chance, im Wettbewerb um den Berufsnachwuchs zu bestehen.

Begonnen habe ich außerdem bereits mit den Arbeiten an einem Bundesaltenplan. Er soll die Lebensbedingungen der älteren Menschen in ganz Deutschland verbessern und ihnen die Möglichkeit bieten, ihre erworbenen Kompetenzen in den verschiedensten Lebensbereichen zu erhalten und zu steigern. ■

Neue Ideen sind gefragt bei der Integration der Ausländer

Sozialpolitik duldet keinen Stillstand. Sie darf die Mittelförderung nicht zementieren, sondern muß flexibel reagieren. Wo es nötig ist, müssen wir Gelder umschichten — damit wir so effizient wie möglich helfen können.

Auch bei der Integration der Ausländer in Beruf und Gesellschaft sind neue Ideen gefragt, nicht bürokratische Lösungen. Dazu können die freien Wohlfahrtsverbände mit Phantasie und Kreativität wertvolle Beiträge leisten. Im einzelnen haben wir uns folgende Ziele gesteckt:

- Wir wollen noch mehr als bisher die gesamte Familie integrieren, also auch die Kinder und Frauen, nicht nur die Männer, nicht nur die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Denn die Hausfrauen sind oft der Bezugspunkt der Familie.

- Wir wollen die nachgezogenen Familienmitglieder verstärkt fördern, damit ihnen der Übergang von der Schule in den Beruf gelingt. Gerade hier ist bei der sogenannten zweiten Generation großer Bedarf nötig, etwa an Sprachkursen.

Viele Ausländer wollen wieder in ihrer Heimat leben: Rund 130.000 kehren jedes Jahr in ihr Herkunftsland zurück; das entspricht der Einwohnerzahl Heidelbergs. Wir wollen durch Maßnahmen in ihren Ländern vor Ort helfen, daß ihnen dort eine dauerhafte Eingliederung gelingt. In den neuen Bundesländern sind vor allem die rückkehrwilligen Vietnamesen betroffen. Für sie sollen besondere Projekte angeboten werden.

In der Berufsausbildung sollen ausländische Jugendliche durch ausbildungsbe-

gleitende Projekte zusätzliche Kenntnisse zu ihrem Lehrberuf erhalten. Durch gezielte Maßnahmen wollen wir zum Beispiel türkische Jugendliche für die Pflegeberufe gewinnen. In Seminaren werden sie auf den Umgang mit türkischen Patienten vorbereitet, damit sie als Vermittler zwischen ihnen und der deutschen Umgebung dienen können. Als Kranken- und Altenpfleger mit Fremdsprachenkenntnissen haben sie gute Berufsaussichten. Andere Beispiele sind computergestützte Sprachkurse und die Qualifizierung zum Europakorrespondenten im Hinblick auf den Binnenmarkt 1993.

Insgesamt wollen wir die Förderung für Koordinierungs- und Sondermaßnahmen um 2 Millionen DM auf 50,5 Millionen DM aufstocken. Die Mittel sollen in ziel-

Von Hans-Gerd Strube, für den Etat des Bundesarbeitsministeriums zuständiger Berichterstatter im Haushaltsausschuß

gerichtete Projekte und Modellversuche fließen. So werden die Gelder wesentlich wirkungsvoller eingesetzt als beim Gießkannenprinzip in der allgemeinen Ausländersozialberatung, die wir zugunsten vieler Projekte nach und nach zurückfahren wollen.

Allerdings müssen auch die Bundesländer ihre Pflicht zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen durch einen angemessenen Anteil erfüllen.

Neu im Angebot:



● Sonnenblenden

Jetzt schon für den Sommer und die Sonne vorsorgen. Die Bundesgeschäftsstelle bietet dafür schicke, bunte Sonnenblenden an. 12 Stück (1 Set) farbig sortiert kosten 24,— Mark, zuzüglich Mehrwertsteuer.

Bestell-Nr.: 9409

Bestellungen an

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28, 4804 Versmold

Zitat

Wenn man eine Koalition hat, soll man vernünftig miteinander umgehen ... Mir ist eine FDP, die sicher über der Fünf-Prozent-Grenze liegt, lieber als eine solche, die Existenzängste hat.

**Bundesinnenminister
Wolfgang Schäuble**

● Argumente

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hält eine Broschüre bereit unter dem Titel „Unsere Solidarität mit den Menschen in den neuen Bundesländern“. Eine Übersicht über Hilfen bei der Überwindung des Sozialismus. Sie ist erhältlich bei der **CDU/CSU-Bundestagsfraktion in 5300 Bonn, Bundeshaus, Telefon (02 28) 16-50 25**

In der CDU-Bundesgeschäftsstelle ist eine „Solidaritäts-Börse“ eingerichtet worden. Im Rahmen dieser Börse werden z. B. Anregungen für Aktionen und Namen von Experten, die Beratungen durchführen können, entgegengenommen. Diese werden weitergegeben, so daß angebotene und nachgefragte Dienste optimal koordiniert werden können.

Solidaritätsbörse

(02 28) 54 42 82

Sie können die „Solidaritäts-Börse“ unter der Telefonnummer (02 28) 544-282 erreichen, oder schreiben Sie an die

● **CDU-Bundesgeschäftsstelle, Solidaritäts-Börse, „Wir halten zusammen“, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Wieder im Angebot: Wasserball mit CDU-Aufdruck



Bestell-Nr.: 9778, Mindestabnahme: 25 Stück, Preis pro Mindestabnahme: 35,— DM
Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UID

15/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.